

akin

Aktuelle Informationen

Hergestellt von: Bewegung für Sozialismus (föj)

Selbstdruckausgabe

Nummer 1 des 49. Jahrgangs am 5. Jänner 2022 (oder 3 pandemischer Zeitrechnung)

Attentäter sind die besseren Staats- diener

Vor 32 Jahren in der *akin*,
der Silvesteranschlag 2021
und so einiges Anderes

Der Brandanschlag auf eines der Anti-Stadtstraßen-Camps hat schockiert. Schockierender war nur noch die Reaktion des Wiener Bürgermeisters mit seiner Andeutung "daß ein rechtsfreier Raum in einer Stadt kein Vorteil" sei — mit anderen Worten: 'Gschiecht denen scho recht, des haums jetzt davon!'

Diverse Alternativprojekte und Besetzungen haben aber schon seit jeher sich nicht nur vor der Polizei fürchten müssen. Auch Brandanschläge gab es immer wieder — so 1977 beim sich gerade entwickelnden Kulturzentrum am Konstantinhügel im Prater oder 2013 auf die Wagenburg Gänseblümchen. Das was diverse Bürgerwehren so unter Recht verstehen, das sie in die eigene Hand nehmen wollen, ist oft genug aber sehr wohl von der hohen Politik angestachelt — die Klagsdrohun-

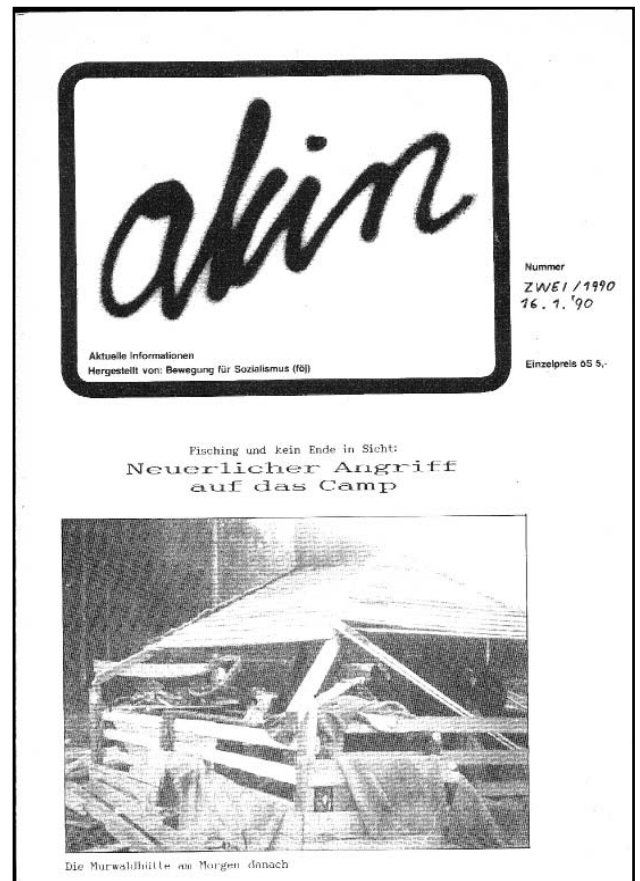
gen gegen Besetzer und Unterstützer der Lobaubleibt-Initiative sowie die massive Propaganda-Schiene, die da natürlich von Wiens unnützigster Stadträtin gefahren wird, hat schon für die passende Stimmung gesorgt. Derselbe erinnert nicht umsonst an den Versuch der Gewerkschaft Bau-Holz 1984, Bauarbeiter als Hilfspolizisten in die Hainburger Au zu beordern.

Zu diesen Zeiten hatte die Politik nämlich noch nicht einmal einen Genierer, offen zu Gewaltakten aufzurufen. Ein *akin*-Cover von vor ziemlich genau 32 Jahren macht das deutlich — es zeigt eine zerstörte Holzbehausung, sehr ähnlich den Bildern, wie wir sie jetzt von der Hirschstetterner Straße gesehen haben.

Damals wurde die Baustelle eines Murkraftwerks in der Fischinger Au in der Obersteiermark besetzt. Mitte Dezember 1989 tauchte in der Nacht eine Bürgerwehr mit Elektro-Schlagstöcken und Strumpfmasken auf, um die Besetzer aufzumischen — obwohl in der Gegend, wo jeder jeden kennt, wohl auch der Polizei klar gewesen sein mußte, wer die Täter

sein dürften, wurde nie deswegen irgendwer belangt.

Einen Monat später um 6 Uhr morgens fingen Bauarbeiter an, ohne Vorwarnung der drinnen noch schlafenden Menschen, deren Unterstand einzureissen. Nur um Haaresbreite verfehlte eine durch die Wand schlagende Spitzhacke den Kopf eines Besetzers. Um das Ganze abzusichern stand daneben eine gut zwei Dutzend Mann starke Abteilung der Gendarmerie. Diese schritt nicht einmal ein, als die Bauarbeiter mit laufenden Kettensägen andeutenden, auf die Besetzer losgehen zu wollen. Rechtliche Folgen hatte dieser lebensgefährliche Angriff



daher natürlich auch nicht.

Nur war das damals abgelegen mitten im Wald in einer einsamen Gegend ohne Zeugen und auch ohne überregionalen medialen Interesse, schon gar nicht wie in Hainburg von ORF und Kronen-Zeitung. Die Welt starrte da gerade auf den zerbröselnden Ostblock, mehr noch wie heute auf Corona.

Die Zeiten mögen sich geändert haben, aber es ist noch etwas Anderes, daß beim jetzigen Silvesteranschlag in der Donaustadt doch die Polizei (wie ernsthaft, wird sich noch zeigen) diesen Angriff untersucht: Die Besetzungen haben ein enormes Medienecho und dabei auch sehr viel öffentliche Sympathie, die der SPÖ-Propaganda zumindest ein starkes Gegengewicht setzt. Da kann so ein Angriff nur nächtens und anonym passieren, denn eine Mehrheit, die eine lebensgefährliche Attacke goutieren würde, gibt es nicht einmal in Österreich, geschweige denn in Wien.

Die Klagsdrohungen und der Anschlag mögen einige Stadtstraßengegner tatsächlich eingeschüchtert haben, die allgemeine Stimmung aber wohl eher für sie verbessert haben. Denn solche Geschütze gehen oft nach hinten los, wenn einmal eine große Öffentlichkeit davon erfährt.

Bernhard Redl

Bitte nur bequeme Promis!

Neulich habe ich auf Facebook einen Kommentar gelesen: "Geh bitte, die [Anm.: Nina Proll] hat ja wirklich zu allem eine Meinung." — und dies war nicht der erste Kommentar in diese Richtung.

Ist es nicht das, was eine Grundlage der Demokratie, einer Republik der Freien und Gleichen ist? Mündige Bürger:innen, die zu allem eine eigene Meinung haben, und diese auch äußern!

Ist das nicht das Wünschenswerte für eine offene und pluralistische Gesellschaft, daß nicht alle dieselbe Meinung teilen müssen, und auch ihre abweichenden Meinungen frei und offen äußern, ohne deswegen Repressionen einer Obrigkeit fürchten zu müssen?

Schon vor der jetzigen Krise traute sich laut einer Umfrage in Deutschland ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr, offen ihre Meinung zu sagen, aus Furcht vor negativen Folgen im Berufs- oder gesellschaftlichen Leben. Ein alarmierendes Signal für eine Demokratie. Die Reaktionen auf die Äußerungen von anderen Künstler:innen und Prominenten zu den staatlichen Maßnahmen während der C-Krise haben diesen Zustand wohl kaum verbessert.

Bei konformen Äußerungen und anderen Gelegenheiten stört man sich nicht daran, daß sich prominente Nicht-Experten an Kampagnen beteiligen, oder z.B. Personenkomitees zur Unterstützung von Kandidaten bei Wahlen bilden, und ihren gesellschaftlichen Einfluß zu nutzen versuchen. Also geht es offensichtlich nur darum, der 'Gegenseite' das zu verwehren, was man selber als

Mittel einsetzt oder der 'eigenen Seite' zugesteht. Klingt nicht gerade nach fairem und freiem Wettbewerb der Ideen, was die Demokratie doch sein soll.

Seit den Gracchen im antiken Rom fürchtet man den Einfluß prominenter Abweichler auf die Bevölkerung, warnt vor Populismus und ermahnt (wie Angela Merkel) 'die Massen', nur der Regierung zu glauben. Ich glaube, wir brauchen uns um die Orbanisierung keine Sorgen mehr machen — mich erinnert das schon beinahe an den Ostblock.

Natürlich nicht direkt, was die Umstände des politischen Lebens und die Konsequenzen für Diverstanten betrifft — da sind wir im Westen selbstverständlich viel subtiler — aber es ist das gleiche Grundprinzip: Man vertraut nicht darauf, daß sich die besseren Argumente, die intelligentere Lösung, die Weisheit durchsetzt, sondern greift aufgrund der eigenen Befürchtungen, die Anderen könnten überzeugender sein, zu Manipulation, Diskreditierung und Diffamierung Andersdenkender, und versucht die Verbreitung ihrer Ansichten einzuschränken. Man löscht Beiträge und Kanäle, sperrt Accounts oder gleich Journalisten ein, kündigt Bankkonten, streicht ganze Fernseh- und Radiosender und droht deren Personal mit staatlicher Repression. Alles im Europa dieses Jahrtausends geschehen.

Vielleicht ist es das, was Adorno (voraus)gesehen hat, als er vor der Rückkehr des Faschismus in der Maske der Demokraten gewarnt hat. — Wir werden aus Angst vor einer Niederlage zu dem, was wir vorgeben zu bekämpfen.

Markus Auer

Habt ihr das wirklich nicht gewußt?

**Überraschung:
Atomenergie soll jetzt
umweltfreundlich sein!**

“Trotz der bekannten Risiken kann Atomenergie als Übergangslösung einen Beitrag gegen die Erderwärmung leisten. Denkverbote hingegen nicht.” So die Einleitung eines aktuellen Kommentars in der “Presse”. Ja, mit “Denkverboten” meint die “Presse” wohl ein richtiges Verbot, zumindest in Österreich, nämlich das Atomsperrgesetz, ansonsten eben die weltweit in den letzten Jahrzehnten immer manifestere Erkenntnis, daß Atomenergie keine gute Idee sei.

Daß jetzt die Atomlobby wieder auftaucht, war ja abzusehen. Und das ist tatsächlich die Folge eines Denkverbots, nämlich des Denkverbots aller Grün-Engagierten rund um den Globus, die sich verbaten, darüber nachzudenken, was es bedeutet, wenn man alles elektrifizieren möchte. Man hat es ihnen gesagt, immer und immer wieder, daß ein vollständiger oder zumindest extrem weitgehender Ausstieg aus kalorischer Energie nur mit Atomstrom machbar sei. Aber hören wollte sie es nicht, weil das bedeutet hätte, daß sie ihre CO₂-Ziele vergessen können, wenn sie Kernenergie statt Bäumen umarmen müßten. Die hiesigen Grünen sind ja in ihrer Gründungsphase sogar gegen die Wasserkraft gewesen, Atomkraft war sowieso außerhalb jeder Diskussionsfähigkeit. Damals war der Ansatzpunkt Energiesparen. Aber

das führte zu dem Image — nicht nur in Österreich —, die Grünen seien wirtschafts-, industrie- und autofeindlich. Damit kommt man halt nicht weit in einer Gesellschaft, die nach wie vor hohen Energieverbrauch für fortschrittlich hält — auch wenn das keiner so sagen würde. Und auch die Grünen und Grünaffinen, zumeist bessere Leute heutzutage, wollen endlich mal geniessen und meinen, wenn sie ihr Einfamilienhaus mit einer Solaranlage ausstatten, könnten sie sich doch einen Urlaub auf den Malediven gönnen.

Also elektrifizieren wir alles, damit die Wähler nicht auf ihre Annehmlichkeiten verzichten müssen, trotzdem aber ein gutes Gewissen haben können.

Und jetzt sagt ausgerechnet die von fast allen europäischen Grünen so heißgeliebte EU, man müsse halt, um den Klimawandel aufzuhalten, Atomenergie wieder mehr fördern. Dabei wird die von staatlicher Seite sowieso schon seit immer gefördert — Atomkraft paßt nämlich nicht wirklich zum Kapitalismus, weil Atomstrom sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet, volkswirtschaftlich auch nicht und von globalwirtschaftlich brauchen wir gar nicht zu reden. Es ist der typische Fall von Sponsoring von Großkonzernen — auch wegen der militärischen Komponente der “friedlichen” Nutzung der Kernenergie. Wieso hat wohl Frankreich gleichzeitig die meisten AKWs und das einzige Atomwaffenarsenal in der EU? Erinnert ihr euch nimmer an Robert Jungk?

Dazu kommt, daß Atomkraft zu enormen Abhängigkeiten führt und daß das Uran in den nächsten Jahrzehnten wohl großteils aus den Ländern des globalen Südens wird kommen müssen. Die Kriege werden zwar in diesem Jahrhundert wohl trotzdem am meisten um Wasser geführt werden, aber dann wird als Grund schon Uran kommen, wenn es nicht zum Atomausstieg kommt — eine ganz neue Interpretation des Wortes “Atomkrieg”!

Das habt ihr Greta-Jünger aber alles schon gewußt, da erzähle ich euch nichts Neues. Aber ihr wolltet es nicht wissen. Hoffentlich fällt es euch jetzt wieder ein! Und nein, einfach nur auch weiterhin die Atomenergie abzulehnen, wird nichts nützen. Das ist leider ein bisschen zu einfach.

Bernhard Redl

Tag des bladen Katers

Der österreichische Fat-Cat-Day dürfte heuer auf den 10. Jänner fallen — insofern sich die Managergehälter seit dem letztem Jahr nicht gar zu arg erhöht haben und die diversen coronabedingten Boni nicht allzu sehr ins Gewicht fallen. 2021 war der Tag am 9. Jänner, nach dem Berechnungsmodell der Arbeiterkammer. Diesmal dürfte er lediglich deswegen einen Tag später sein, weil die Wochentage anders fallen, nicht weil die Managergehälter gesunken wären. Zur Erinnerung: Der Fat-Cat-Day ist jener Tag, an dem die Vorstandsvorsitzenden der ATX-gelisteten Unternehmen soviel verdient haben wie jemand mit einem österreichischen Median-Einkommen in einem ganzen Jahr. Dann haben diese wichtigen Herren — Frauen sind in diesen Sphären nur selten anzutreffen — 5 Arbeitstage hinter sich gebracht, die in Geldeinheiten so gewichtig waren wie bei normalen Menschen ein ganzes Jahr.

Aber vielleicht sind es bald eh nur mehr vier Arbeitstage, wenn die Entwicklung gleich geblieben ist, denn noch 2016 errechnete die AK immerhin sechs Arbeitstage bis zum Erreichen des Fat-Cat-Day. Wobei das in Österreich noch gemächlich ist, in UK, wo der Fat Cat Day erfunden worden ist, gehen die Berechnungen üblicherweise von 3 Arbeitstagen aus.

(akin)

Wenig Pressefreiheit in Griechenland

Mit Zensur, Wasserwerfern und sehr viel Geld gegen unabhängige JournalistInnen

Nachfolgende Schilderung stammt aus der anarchistischen Monatszeitung "Graswurzelrevolution". Vorrangig geht es um die Zustände und Geschehnisse, die Griechenland in der Rangliste der Pressefreiheit von "Reporter ohne Grenzen" auf Platz 70 von insgesamt 180 Ländern abrutschen und damit zum Schlußlicht in der EU haben werden lassen.

Es geht aber auch darum wie korrupt dieser Staat und seine führende Partei sind. Denn die Nea Dimokratia ist nicht nur eine Schwesterpartei der ÖVP, sondern Vieles was hier vom GWR-Korrespondenten geschildert wird, kommt einem hierzulande verdammt bekannt vor...

Kurz nach Regierungsantritt 2019 hatte Kyriakos Mitsotakis die Weichen zur Kontrolle der bis dahin parteiunabhängigen staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ERT gestellt. Mit den Stimmen der Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) genehmigte das Parlament "den beispiellosen Umzug von Konstantinos Zoulas aus dem Megaro Maximou", dem Amtssitz des Ministerpräsidenten, "auf den Intendantensessel von ERT", beschrieb am 17. September 2019 die Wochenzeitung Documento den Fall. "Beispiellos", weil Zoulas bis dahin Pressesprecher des Ministerpräsidenten und zuvor Presseverantwortlicher der Nea Dimokratia war. Auf Nachfrage des unabhängigen Internetportals The Press Project, wie dies mit Mitsotakis' Versprechen einer "überparteilichen Sendeanstalt ERT" zusammenpasse, verwies 'Zoulas auf seine 30-jährige Erfahrung als Journalist. Erfahrung, die er zur Umgestaltung des Senders ein-

schließlich der Entlassung von Journalist*innen nutzt, um ERT auf Regierungslinie zu bringen.

Festnahmen, Klagen, Entzug von Werbeeinnahmen

Im Oktober 2019 sorgte die Wochenzeitung Documento mit einem internationalen Appell für Aufsehen, worin sie konkrete Vorwürfe gegen Premier Mitsotakis erhob. Dieser habe Unternehmer*innen persönlich per Anruf aufgefordert, Documento die Werbeanzeigen zu entziehen. Einige der Kontaktierten hätten ihm dies vertraulich mitgeteilt, sagte Herausgeber und Journalist Kostas Vaxevanis. Grund seien Berichte über Offshore-Unternehmen der Ehefrau des Ministerpräsidenten, deren Name auch in den Paradise Papers (1) auftauche, und über die in Griechenland nur Documento berichte. Vaxevanis gilt als unbequemer Investigativ-Journalist und ist vielen Politiker*innen ein Dorn im Auge, da er seit Jahren über Korruption berichtet. Als er wäh-

rend der kapitalistischen Krise veröffentlichte, wer in Griechenland sein Geld auf Schweizer Konten hortete, wurde er kurzzeitig inhaftiert. "Es gibt hier Pressefreiheit nur auf dem Papier. Täglich wird die Presse bedroht. Wir sind mit über 80 Anzeigen von Politikern bombardiert worden. Statt dass sie auf die Enthüllungen antworten, verklagen sie uns", so Vaxevanis. Documento, für die knapp 70 Mitarbeiter*innen tätig sind, verlor längere Zeit wöchentlich ca. 180.000 Euro Werbeeinnahmen.

Die "Liste Petsas"

Der Versuch, eine Zeitung in den Ruin zu treiben, kann im Falle des Scheiterns zur Stärkung ihres oppositionellen Charakters führen. Mehr Erfolg in Bezug auf regierungsfreundliche Berichterstattung kann daher die großzügige finanzielle Unterstützung der Presse zeitigen.

Stelios Petsas, Staatssekretär des Inneren und von 2019 bis Mitte 2021 Staatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten, stellte zu Beginn der Covid-19-Pandemie eine Liste mit 1.232 griechischen Medien zusammen, die berühmte "Liste Petsas".

Zwei Worte, die für die meisten Griech*innen inzwischen als Synonym für das Parteiregime der ND und die herrschende Einstimmigkeit der großen Radio- und Fernsehsender stehen; und für das Verschweigen, das Verdrehen und Weglügen der für die Regierung schwierigen Themen. Insgesamt 22 Millionen Euro verteilte die ND-Regierung im ersten Quartal 2020 nach Gutdünken an Medien. Die sollten damit "verantwortungsbewusst" die Regierungskampagne "Wir bleiben zu Hause - Wir bleiben sicher" zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie unterstützen. Am 6. Juli 2020 meldete die genossenschaftliche Tageszeitung Efimerida ton Syntakton (EfSyn): "Der Verdacht, dass riesige Summen der Kampagne gegen die Covid-19-Pandemie an Unter-

stützer und Anhänger der ND-Regierung verteilt wurden, hat sich bestätigt.“ Eine Recherche von The Press Project hatte ergeben, dass nur 1 % der Gesamtsumme der 22 Millionen Euro an oppositionelle Medien ging. „Das krassste Beispiel“ sei EfSyn, die 30.000 Euro für die gedruckte und 10.000 Euro für die Online-Ausgabe erhalten habe, während sehr viel kleinere, dafür aber regierungsfreundliche Organe wie die Wochenzeitung Fileleftheros 60.000 Euro und die Online-Zeitung liberal.gr 120.000 Euro bekamen. The Press Projekt, Documento und anarchistische Zeitungen wie Diadromi Eleftherias gingen leer aus (allerdings würde eine griechische anarchistische Zeitung niemals staatliche Gelder annehmen). Die großen sechs regierungsfreundlichen Fernsehsender erhielten zwischen 430.000 und 830.000 Euro. Um diese dubiose Finanzierung von Medien, einzig nach dem Kriterium der Regierungsfreundlichkeit, strafrechtlich zu klären, haben 48 Journalist*innen, Professor*innen, Künstler*innen und Abgeordnete der Oppositionspartei Syriza Anzeige erstattet. Am 19. Oktober 2021 meldete das Online-Portal capital.gr, die Staatsanwaltschaft am Areios Pagos, dem höchsten griechischen Gericht, ermittle seit September im Zusammenhang mit der „Liste Petsas“. Es gehe um „die Verschwendung öffentlicher Gelder“, um „undurchsichtige und parteiische Geldvergabe“, um „Vorteilsnahme und Bestechung“ mit dem Ziel, bestellte Meinungsumfragen zu präsentieren und die Berichterstattung der Massenmedien zu beeinflussen. Am 11. November 2021 wurde die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit den Stimmen aller Oppositionsparteien gegen die Stimmen der ND durchgesetzt. Laut EfSyn vom 12. November 2021 beschuldigte Oppositionsführer Alexis Tsipras die Regierung und Premier Mitsotakis persönlich des „beispiello-

sen Versuchs, die öffentliche Meinung zu gängeln“. Mit einem „Geflecht aus Beziehungen, Propaganda und Autoritarismus“ wolle die Regierung sich die „Wahrheit erkaufen“, statt die Pandemie zu bekämpfen, und die „Demokratie in ein Regime im Stil von Orban oder Kurz“ verwandeln.

Massenmedien in Unternehmerhand

Aktuell gäbe es fast alle Formen der Missachtung der Pressefreiheit im Land. Zugangsverbote, Festnahmen, Polizeigewalt, Klagen vor Gericht und vieles mehr, meint Giorgos Pleios, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Athen. Dazu kämen noch die Massenentlassungen während der kapitalistischen Krise 2010-2015 und der Fakt, dass Reeder, Fußballclub-Besitzer und Wirtschaftsbosse die meisten Radio- und Fernsehsender sowie Tageszeitungen besäßen. Pleios betont: „Hier sind weder die staatlichen noch die privaten Medien unabhängig. Beide sind finanziell größtenteils von der politischen Macht abhängig.“ So wurden öffentliche Projekte oft an Finnen vergeben, die auch im Besitz eines Medienunternehmers waren. Die Syriza nahestehende Tageszeitung Avgi schrieb am 28. April 2021: „Die vierte Gewalt befindet sich inzwischen unter direkter Kontrolle der vier Reederfamilien Vardinogiannis, Alafouzou, Kyriakou und Marinakis, die fanatisch die Mitsotakis-Regierung beschützen.“

Wer über Pushbacks spricht, beleidigt das griechische Volk

Wie groß das Problem inzwischen ist, wurde auf einer Pressekonferenz am 9. November 2021 in Athen deutlich. Die niederländische Journalistin Ingeborg Beugel hatte beim gemeinsamen Presetermin von Premier Mitsotakis und seines niederländischen Amtskollegen Mark Rutte die Praxis der

Pushbacks, der illegalen Abwehr von Geflüchteten, zur Sprache gebracht. Mitsotakis, offensichtlich nicht an kritische Fragen gewöhnt, antwortete wütend und entzog Beugel im Stil eines Donald Trump das Wort.

Statt Beugel zu unterstützen, beteiligten sich viele ihrer griechischen Kolleginnen in der Folge an einer regelrechten Verleumdungskampagne einschließlich sexistischem Shitstorm gegen die Niederländerin. In regierungsnahen Medien wurde sie als „türkische Agentin“ gebrandmarkt, im Internet und auf der Straße als „türkische Hure“ beschimpft und auch körperlich angegriffen. Das International Press Institute verurteilte den Versuch, „eine niederländische Journalistin zu beleidigen und ihre Arbeit zu diskreditieren“. Auf Rat des niederländischen Außenministeriums und des Journalist*innenverbandes war Beugel gezwungen, „Griechenland vorläufig zu verlassen, da ihr Leben in Gefahr ist“, meldete EfSyn am 17. November 2021.

Was war geschehen? Beugel, die seit 30 Jahren im Land lebt und als Journalistin arbeitet, war über die niederländische Botschaft akkreditiert und dem Berater*innenteam von Mitsotakis wohl nicht bekannt. „Hätte das Pressebüro von Mitsotakis seine Arbeit gemacht, wäre mir aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erlaubt worden, eine Frage zu stellen“, so Beugel im Interview mit EfSyn am 11. November 2021. Auf der Pressekonferenz, die live übertragen und auf den Kanälen des Premierministers im Internet geteilt wurde, tritt Beugel überzeugend und angriffslustig auf. Sie fordert die Regierungschefs auf, nicht mehr über die Pushbacks an der griechisch-türkischen Grenze und die verheerenden Zustände in den griechischen Lagern zu lügen: „Wann hören Sie endlich auf zu lügen?“ Ihre gestaffelte Frage enthält einige Vorwürfe, die Lügen der Politiker bezeichnet sie als „nazisistisch“. Beugel fragt auch,

warum Griechenland die EU nicht zu mehr Solidarität dränge und die Umverteilung der Geflüchteten verlange. Rutte fragt sie, warum er sich weigere, niederländischen Gemeinden, die Menschen aufnehmen wollen, die Erlaubnis zu erteilen. Mitsotakis reagiert sofort gereizt. Er sagt, er "respektiere die in den Niederlanden verbreitete Praxis der direkten Frage, akzeptiere aber nicht, dass Sie mich und das griechische Volk in diesem Amtssitz beleidigen". Die "Anschuldigungen" seien "nicht mit Fakten belegbar". Danach fährt er die Journalistin heftig an: "Waren Sie auf Sámos?" Beugel: "Ja, ich war auf Sámos." Mitsotakis schreit: "Nein, Sie waren nicht auf Sámos!" Nach kurzem, scharfem Disput entzieht Mitsotakis ihr das Wort.

Mitsotakis' Aussagen widersprechen mehrfach den Fakten. So bestritt er, dass die griechische Wasserschutzpolizei je an Pushbacks beteiligt gewesen sei. Dies ist jedoch vielfach dokumentiert und wird sogar durch die EU-Kommission untersucht. Weiters war Beugel eine der ersten Journalist*innen, die das neue gefängnisartige Lager auf Sámos besuchten, und sie veröffentlichte dazu im Mai 2021 einen kritischen Artikel.

All das hinderte regierungsfreundliche Medien nicht, Beugel wegen der Frage nach den Pushbacks "türkische Propaganda" vorzuwerfen. So Nikos Chatziniolaou, Star-Sprecher des Fernsehsenders ANT1, der zugleich Herausgeber der Zeitung Real News und Leiter des Radiosenders Real News ist und bis Januar 2021 Vorsitzender des Verleger*innenverbands war. Er riet Beugel, "noch mal Journalismus zu studieren". Oder Sia Kosioni, nebenbei mit dem Neffen des Premiers und Bürgermeister von Athen, Kostas Bakogiannis, verheiratet, die im Kommentar der Hauptnachrichtensendung von SKI TV meinte, Mitsotakis habe "zu sanft" reagiert. Oder Giannis Pretenderis, der als

Kommentator der Nachrichten von MegaTV Beugel das Recht absprach, sich Journalistin zu nennen. Die Sender bezichtigten sie auch, einen "illegalen Migranten" zu beherbergen, die Boulevardpresse dichtete ihr eine Liebesbeziehung mit dem "viel jüngeren Asylbewerber" an, angebliche Nachbar*innen behaupteten, Asylbewerber führten ihre Hunde aus, und der Bürgermeister der Insel Hydra, wo Beugel eine Zweitwohnung besitzt, zeigte sie wegen Beleidigung an, da sie in einem Interview die "Hälfte der Bewohner" der Insel als "Anhänger von Chrysi Avgi"(2) bezeichnet hatte.

Mit der Hetzjagd versuchten regierungsfreundliche Medien, Beugel als Journalistin, als Frau und als Mensch zu diskreditieren - und trieben sie letztendlich außer Landes. Linke Griech*innen und unabhängige Zeitungen machten dagegen auf das eigentliche Problem aufmerksam. Dass nämlich Mitsotakis keine "direkten Fragen" von griechischen Journalist*innen gewohnt ist und die sich dafür nicht einmal schämen.

Mit Zensur und Polizeigewalt

Reicht all das nicht aus, um oppositionelle Pressestimmen zum Schweigen zu bringen, wird das Strafrecht verschärft. Weil sie aufgrund der Pandemie härter gegen Fake News vorgehen wolle, behauptet die Regierung. Da dies jedoch auch zuvor möglich war, protestieren der Journalist*innenverband Esiea und die Oppositionsparteien. Sie fordern die Streichung des bei der jüngsten Strafrechtsverschärfung geänderten Zusatzes zu Artikel 191, da dieser die Pressefreiheit endgültig gefährde. Er lautet:

"Wer (...) Falschmeldungen veröffentlicht oder verbreitet, die (...) die Allgemeinheit beunruhigen oder verängstigen oder das Vertrauen (...) in die Volkswirtschaft, die Verteidigungsfähigkeit oder die öffentliche Gesundheit des Landes erschüttern, wird mit einer

Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten und einer Geldstrafe bestraft."

Esiea greift die schwammige Formulierung an, da unklar sei, was eine Falschmeldung ist und ob bereits kritische Meinungen und Kommentare strafbar seien. Sie betont, dass eine Regierung, die das will, damit ein Instrument zur Zensur der Presse in der Hand habe.

Derweil hat Amnesty International eine Kampagne gegen die überaus brutale und fast immer straffreie Polizeigewalt gestartet. Diese bedrohe "den Kern der Demokratie". Außer den üblichen Opfern polizeilicher Gewalt wie linken oder anarchistischen Aktivistinnen, Migrant*innen, Roma oder einfach jungen Menschen sind häufig Journalist*innen betroffen. So Orestis Panagiotou, der seit 30 Jahren als Pressefotograf arbeitet und aktuell für die Athener Presseagentur APE fotografiert. Am 5. November 2021 verfolgte er die absolut friedliche Kundgebung der im Sommer von der Regierung als "Helden" gefeierten saisonalen Feuerwehrleute, die für ihre Festanstellung demonstrierten. Ähnlich wie schon bei den "Helden und Heldinnen des Gesundheitswesens" wurde auch ihre Kundgebung grundlos mit Knüppeln, Tränengas, Blendschock-Granaten und Wasserwerfereinsatz zerschlagen. Ein Feuerwehrmann wurde von einer explodierenden Granate schwer verletzt. Panagiotou stand seitlich auf dem Bürger*innensteig, gut als Pressefotograf erkennbar, und fotografierte, als ihn der Wasserwerfer gezielt unter Beschuss nahm, wie er im Interview mit EfSyn vom 20. November erzählt: "Der zweite Strahl ging mit voller Wucht direkt auf meine Beine und schleuderte mich einen Meter in die Luft. Doppelter Beinbruch, und dazu Bänder, Nerven und Weichteile verletzt. Als ich dann recherchierte, was anderen Menschen weltweit von Wasserwerfern angetan wurde, sah ich, dass ich Glück

hatte. Einige wurden tödlich verletzt, andere sind für ihr Leben behindert." Auf die polizeiinterne Ermittlung gibt er nichts, und er will sich nicht einschüchtern lassen: "Als Fotograf bin ich das Auge und das Ohr der Gesellschaft, die in diesem Moment nicht vor Ort sein kann." Ein anderes Beispiel, wie Fotoreporter von der Polizei behindert werden, ist Alexandros Stamatiou. Als er im September 2019 für EfSyn die Räumung einer von Geflüchteten besetzten leeren Schule in Athen dokumentieren wollte, wurde er

schlicht verhaftet. "Die wollen eine Botschaft senden. Von hier an, egal was ihr macht, wir werden euch im Blick behalten. Wir können euch festnehmen unter jeglichem Vorwand, wie bei mir wegen Hausfriedensbruchs, was absurd ist." Im Schnellverfahren wurde er vor Gericht gestellt, obwohl klar war, dass er als Fotojournalist freigesprochen werden würde. Stamatiou macht weiter: "Sollen sie mich verhaften, sooft sie wollen, ich werde meinen Job machen."

Ralf Dreis, Thessaloniki

Anmerkungen:

(1) Die Paradise Papers sind eine 2016 geleakte Sammlung von Unterlagen, die Geldwäsche von Großkonzernen, Milliardär*innen und Politiker*innen in tausenden Fällen offenlegen.

(2) Die "Goldene Morgenröte", neofaschistische Partei.

Widerstands-Chronik

26. November und 1. Dezember 2021: Kundgebungen gegen Lobauautobahn, Stadtstraße Aspern, Spange Seestadt

Auch geplant gewesene Aktionstage gegen den Bau der Lobauautobahn, der Stadtstraße Aspern und der Spange Seestadt wurden wegen der Corona-Pandemie abgesagt. Am 26. November fand lediglich eine Klimastreik-Kundgebung vor der SPÖ-Zentrale statt, an der rund 200 Personen teilnahmen. Insbesondere wurde dort gegen das Festhalten der Wiener SPÖ an diesen Projekten protestiert. Danach zogen noch 150 Personen in einer Spontandemo zum Rathaus.

Am 1. Dezember verkündete Klimaministerin Gewessler, dass die Lobauautobahn nach einer Prüfung ihrer Auswirkungen auf die Klimaziele nicht gebaut werde. Bürgermeister Ludwig kündigte daraufhin an, alles zu unternehmen, dass die Lobauautobahn sowie die Stadtstraße Aspern und die Spange Seestadt dennoch gebaut werden. Daraufhin versammelten sich am Abend des 1. Dezember rund 350 bis 400 Menschen am Rathausplatz. Dort sprachen unter anderem auch Aktivist*innen, die seit Jahrzehnten gegen die Autobahnprojekte kämpfen wie Jutta Matysek und Wolfgang Rehm. Eine ungekürzte Aufzeichnung aller Reden auf dieser Kundgebung am 1. Dezember gibt es da: <https://cba.fro.at/530424>

4. und 11. Dezember 2021: Antifaschistische Proteste gegen rechte Aufmärsche

Am 4. Dezember demonstrierten gleichzeitig nach Angaben des Presseservice Wien bis zu 2000 Antifaschist*innen gegen den Aufmarsch von Rechtsex-

tremen und ihrer Begleiter*innen. Dort sprach unter anderem die Autorin Stefanie Sargnagel. Danke an Renate Sassmann für die Aufnahme: <https://youtu.be/Uzp27tNSWTE>

Am 11. Dezember gab es am Abend auch noch eine diesmal kleinere antifaschistische Demonstration gegen einen rechtsdominierten Aufmarsch.

10. Dezember 2021: Antiimperialistische Impfgegner*innen

Am 10. Dezember fand eine diesmal von der linken bzw. antiimperialistischen Initiative "Demokratie und Grundrechte" organisierte Kundgebung gegen Impfpflicht und digitale Überwachung statt, an der etwas mehr als 200 Personen teilnahmen. Viele Argumente auf dieser Kundgebung waren jenen auf den rechten Demos nicht unähnlich. Auch autonome Feministinnen waren dabei, distanzieren sich dabei aber von Rechtsextremen. Unmittelbar nach der Distanzierung vom Rechtsextremismus folgte eine Rede eines Vertreters der MFG.

Am Rande dieser Kundgebung demonstrieren rund 15 Personen mit Transparenten für "Solidarität statt Querfront" also gegen gemeinsame Versammlungen mit Rechtsextremen. Die Polizei nahm nach dem Ende beider Kundgebung die Personalien dieser Gegendemonstrant*innen auf.

Heftige Kritik an der Teilnahme autonomer Feministinnen an der Kundgebung der Initiative "Demokratie und Grundrechte" und an deren Begründung gab es von Autonomen Feminist:innen der AG Feministischer Streik der Plattform Radikale Linke. Ihr "erschrockenener und wütender Kommentar" kann auf der Website radikale-linke.at gelesen werden.

13. Dezember 2021: Demo gegen Rechte und Coronaleugner*innen

Am 13. Dezember demonstrierten einem Aufruf u. a. der Migrantifa Wien folgend, rund 200 Personen unter dem Motto Take back the Streets "gemeinsam gegen Rechte, Coronaleugner*innen und für eine antifaschistische Bekämpfung dieser Pandemie".

6. Dezember 2021: Demo gegen Femizide

Am 6. Dezember demonstrierten nach dem inzwischen 30. Femizid in diesem Jahr in Österreich wieder 170 Personen gegen Femizide.

10. Dezember 2021: Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember demonstrierten etwas mehr als 200 Menschen vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz anlässlich des Tags der Menschenrechte für Menschenrechte für Geflüchtete. Unter anderem sprach dort Christof Riedl von der Diakonie Österreich über die Genfer Flüchtlingskonvention.

17. Dezember 2021: Protest gegen Versuche, Klimabewegung einzuschüchtern

Immer noch wird mit einem Protestcamp in Hirschstetten gegen die Lobauautobahn und damit zusammenhängende Straßen- und Autobahnprojekte wie die Stadtstraße Aspern protestiert und die Baustellen der Stadtstraße Aspern werden weiterhin besetzt.

Am 9. Dezember hatte die Polizei die Versammlung auf der Baustelle neben der U-Bahnstation Hausfeldstraße besucht und die Auflösung der Versammlung verfügt. Eine befürchtete zeitnahe Räumung mit Zwangsmittel gab es bislang noch nicht. Stattdessen wurden im Auftrag der Stadt Wien vom Büro des ehemaligen SPÖ-Nationalratsabgeordneten Jarolim Briefe an vermeintliche Besetzer*innen und Unterstützer*innen verschickt, in denen Schadenersatzforderungen angekündigt wurden.

Deshalb demonstrierten am 17. Dezember rund 1150 Menschen vom Rathaus zur SPÖ-Zentrale gegen Versuche, die Klimabewegung einzuschüchtern und für Demokratie und Klimagerechtigkeit.

Am 18. Dezember

fanden anlässlich des internationalen #AbolishFrontex-Aktionstags unter anderem eine Transparentaktion auf der Schwedenbrücke sowie eine Kundgebung am Platz der Menschenrechte statt – gegen Frontex und gegen die EU-Flüchtlingsabwehrpolitik

sowie für sichere Fluchtwege und für Bewegungsfreiheit für alle.

19. Dezember 2021: #YesWeCare

Zigtausende Menschen beteiligen sich auf der Wiener Ringstraße am Lichtermeer als Zeichen des Gedenkens an die Opfer der Coronapandemie (mehr als 13.386 Todeopfer allein in Österreich, 5,3 Millionen weltweit) und der Solidarität mit dem Gesundheitspersonal.

21. Dezember 2021

Nachdem am 16. Dezember in Hohenems in Vorarlberg schon wieder eine Frau erstochen worden war – der 31. Femizid in diesem Jahr in Österreich –, demonstrierten in Wien am 21. Dezember wieder 100–120 Menschen gegen Frauenmorde.

Nacht vom 30. auf den 31.12.2021

In der Nacht gab es einen mutwilligen Brandanschlag bei einer #LobauBleibt-Besetzung gegen die Stadtautobahn. Eine Hütte wurde mit einer Flüssigkeit übergossen und angezündet. Glücklicherweise wurde niemand körperlich verletzt, der Brand konnte gelöscht werden.

2. Jänner 2022

Mehr als 300 Menschen beteiligten sich am 2.1. bei der besetzten Stadtstraße?nbaustelle an der Hirschstettner Straße an einer Mahnwache gegen den Brandanschlag auf Klimaaktivist*innen

Außerdem wird auch immer noch jeden Donnerstag um 18 Uhr beim Omofumastein am Platz der Menschenrechte gegen die Regierung protestiert.

Die Omas gegen rechts halten (beim Dessi-Denkmal am Ballhausplatz oder am Minoritenplatz) weiterhin immer wieder Mahnwachen für Menschen in den Elendslagern am Rande Europas ab. Aktuelle Infos unter: <https://omasgegenrechts.at/veranstaltungen/>

(nochrachten.net/akin)

Termine

Ständiges & Derzeitiges

Jeden 1. Freitag im Monat ab 17 Uhr ist Treffpunkt im Alten AKH zum Radeln for Future. Wir radeln in die radfeindlichsten Hotspots Wiens: 1090 Spitalgasse 2, 1. Hof

Immer wieder Veranstaltungen bei den 3 #Lobaubleibt-Camps. Werden üblicherweise nur kurzfristig angekündigt, daher immer wieder schauen unter <https://t.me/s/Lobaubleibt> oder direkt auf Telegram abonnieren: "Ticker: Lobau bleibt", @Lobaubleibt

Platz der Menschenrechte Wien, jeden Donnerstag ab 18 Uhr Kundgebung nicht nur um laut gegen diese Regierungspolitik zu demonstrieren, um für eine nachhaltige, resiliente und friedliche Zukunft ein Zeichen zu setzen, sondern auch um Solidarität zu feiern, beim Open Mic unterschiedliche Meinungen auszutauschen, uns inklusiv zu vernetzen und Diversität als Chance zu nutzen. Wir fordern nicht nur eine echte sozial-ökologische Wende und eine nachhaltige, lösungsorientierte Politik für eine Welt, die auf sozialem Frieden und Respekt gegenüber unserer Erde beruht – wir leben das auch selber. Wer selbst erfahren möchte, wie das funktioniert, ist herzlich eingeladen mitzumachen. DIE queerfeministischen Donnerstagsdemos sind trotz aller Widerstände polizeilich genehmigt und selbstverständlich immer virologisch unbedenklich an der frischen Luft, ver mummt oder mit Babykanzler-Abstand. Auch wenn wir langsam mehr werden, ist noch immer genug Platz für Dich. Nähere Infos zur neuen Donnerstagsdemo hier: hoog.at/redo, alle reDOs auf FB: facebook.com/Friedensturm/events und Instagram: @reDonnerstag

Freitag, 7.1.

Amerlinghaus, 18h, Let`s Climate Camp Together! Wworkshop und Organisationstreffen zum Klimacamp 2022. 1070 Stiftg.8, COVID: 2G+ (bitte komme geimpft/genesen und PCR-getestet!) ANMELDUNG: <https://survey.klimacamp.at/index.php/181331?lang=de>, Mehr infos: <https://klimacamp.at>

Samstag, 8.1.

Kostnix-Laden, 16h, Zukunft oder Ende? Wir wollen neue Projekte starten. Wir haben große Visionen, können momentan jedoch nicht einmal den Status quo erhalten. Wir wollen, dass der Kostnix-Laden wächst. Wir wollen jeden Tag in der Woche geöffnet haben. Wir wollen Veranstaltungen machen: Nähcafe, Reparaturworkshops, Lesekreis, Diskussionsrunden und vieles mehr. Wir wollen uns vernetzen und Kooperationen aufbauen, z.B. gemeinsam Sachspenden sammeln, gerettete Lebensmittel verkochen, Fahrrad-Selbsthilfekurse anbieten. Wir wollen neue Projekte starten. Wir wollen die Kultur des Schenkens verbreiten. Möchtest du mitmachen, unserer Vision einen Schritt näher zu kommen? Die Utopie der geldlosen Gesellschaft etwas greifbarer zu machen? Ist es dir ein Anliegen, dass der Kostnix-Laden weiter bestehen kann? Bitte komm doch zu unserem Zukunftstreffen. Je nach Corona-Situation wird dieses online oder direkt im Laden stattfinden. Anfragen bitte via: FACEBOOK @Kostnix.Laden, EMAIL info@umsonstladen.at, TELEFON +43 677 637 91 59 0. Neuer Standort in 1120 Erlgasse 27. Im Kost-Nix-Laden können Dinge abgegeben und mitgenommen werden, ohne zu bezahlen oder zu tauschen.

*

Nein zum Impfwang! Kundgebung 13:00, Platz der Menschenrechte, 1070 Wien

Aufruf der Plattform Demokratie & Grundrechte: <https://demokratieundgrundrechte.org/>

Das Debakel der staatlichen Corona-Politik wird immer offensichtlicher. Die Impfungen schützen weder zureichend vor Infektionen, noch vor Erkrankungen und auch nicht durchgehend vor schweren Verläufen und dem Tod. Die Zahl der trotz Impfung Erkrankten

steigt. Impfschäden, die sogar in Einzelfällen bis zum Tod führen können, werden vertuscht oder verharmlost. Obwohl das Virus hauptsächlich für alte Menschen eine Gefahr darstellt, wird weiter Panik verbreitet und suggeriert, wir alle wären gleichermaßen bedroht und gefährdet. Seit Beginn der Pandemie sind weniger als 400 Menschen unter 54 Jahren an und mit Corona verstorben. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum gab es ungefähr 170.000 Todesfälle in Österreich. Dass die neu auftretende Omikron-Variante harmloser scheint als alle vorhergehenden wird ebenso ignoriert wie die Tatsache, dass die vorhandenen Impfstoffe nicht gegen Omikron schützen. Mehr als eine Million Menschen sind in Österreich genesen, besitzen also einen körpereigenen Schutz gegen das Virus. All das ist der herrschenden Politik egal. Sie setzte auf Impfwang. Aber nach der Impfung ist vor der Impfung. Die vierte Impfung ist bereits im Gespräch und Biontech-Chef Ugur Sahin schwärmt bereits von weiteren Impfungen.

Regierung und ihre Medien treten die Flucht nach vorne an und denunzierten seit Monaten jegliche Kritik und jeglichen Protest. Das Muster ist altbewährt: Sündenböcke müssen her. Sind es in anderen Zusammenhängen Flüchtlinge, MigrantInnen, Moslems und Arbeitslose, so sollen nun Ungeimpfte und Maßnahmen-KritikerInnen an der Misere schuld sein. Die Zensur tobt und der Hass auf Plattformen und Informationskanälen, die nicht an die Kandare genommen werden können, ist offensichtlich. Aber es bleibt nicht bei verbalen Beschimpfungen und Herabwürdigungen. Missliebige ProfessorInnen, WissenschaftlerInnen, ApothekerInnen sowie Menschen im Gesundheitssystem werden mit Berufsverbot oder Entlassungen bedroht und sanktioniert. Einschüchterungen sind an der Tagesordnung.

Wir rufen zu dieser Kundgebung auf, um der Stimme der Vernunft und der Solidarität einen Ausdruck zu verleihen: Wir weisen darauf hin, dass seit Jahren das Gesundheitswesen kaputtgespart wurde, dass in Deutschland mitten in der Pandemie über 20 Spitäler geschlossen, dass in Österreich kein Finger gerührt wurde, um die Kapazitäten im Gesundheitswesen wieder auszubauen. Wir weisen darauf hin, dass die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals nicht verbessert wurden. Wir weisen darauf hin, dass keine der Maßnahmen ernsthaft und vorur-

teilslos wissenschaftlich evaluiert wurde, obwohl die psychischen, physischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Schäden der planlos verhängten Lockdowns nicht mehr zu leugnen sind. Wir fordern die Pluralität und die Meinungsverschiedenheiten in den Wissenschaften zur Kenntnis zu nehmen und anzuerkennen. Wir sagen daher: Schluss mit der autoritären Verordnungs politik, die mittels staatlich ausgewählten ExpertInnen legitimiert wird. Statt bewusst Hysterie und Panik zu verbreiten, fordern wir einen offenen Diskurs auf Augenhöhe. Österreich ist offenbar das Versuchskaninchen auch für die Verhängung des Impfwangs, der dann in Deutschland und anderen Ländern durchgesetzt werden soll. Gelingt es hierzulande den Widerstand zu brechen, zu denunzieren, einzuschüchtern und zu kriminalisieren, öffnen sich auch jenseits der Grenzen die Schleusen. Daher nochmals: Nein zum Impfwang.

RednerInnen: Ortwin Rosner, Philosoph, Blogger und Weltreisender; Karl Reitter, Sozialphilosoph; Nadia Kovac, Antifaschistische Aktion Wien; Helmut Sauseng, Naturwissenschaftler, Aktivist von Respekt Plus; Ernst Hammel, Naturwissenschaftler; Freie Linke

Donnerstag, 9.1.2022

Ein Jahr neue Donnerstagsdemos! Ab 18 Uhr am Platz der Menschenrechte/1070 Ende Mariahilfer Straße/Museumsquartier, wird die 90. Donnerstagdemo seit dem Rechtsruck der Regierung Kurz gefeiert.

Dienstag, 11.1.

Alberts Bücherlager, von 19 bis 22 Uhr: 26. Kellertexte, den ersten im Jahr 2022 nach dem bewährten Konzept: Autor*innen lesen 15 min lang aus ihren Werken und geben uns einen kleinen Einblick in ihr Schaffen, zum Kennenlernen und Wiederentdecken, doch vor allem als Anregung, sich weiter mit ihrem Schaffen auseinanderzusetzen. Deshalb besteht auch die Möglichkeit, ihre Werke an diesem Abend zu erwerben, sich mit den Autor*innen zu unterhalten und sich das erstandene Buch signieren zu lassen. Sechs Lesende: Günther Zäuner, Eva Gebethsroither, Jasmin Thoma, Tho-

mas Sailer, Chris 4er Peterka & Daniela Noitz, garantieren ein breites Spektrum an kreativen Entwürfen und Zugängen zur Literatur. Ein weiteres Highlight ist die musikalische Eröffnung durch Bikutah. Auch kulinarisch gibt es Besonderheiten. Wir bieten auch an diesem Abend veganes Chili an. Kommt hungrig, geistig und körperlich! 1120 Aichholzgasse 19

Mittwoch, 12.1.

W23, 19h, (geöffnet ab 18h) Vortrag: Autonome Wohnfabrik in Salzburg. Mit der Verwirklichung des ersten Salzburger Hausprojektes im Jahr 2017 setzt die Autonome Wohnfabrik ein Zeichen gegen überbezahlte Mieten und den Immobilienspekulationsmarkt und ist hoffentlich nur das Erste von vielen Häusern, die kollektiv gekauft und dem Markt für immer entrissen werden. Wie das ganze genau funktioniert und wie ihr die Autonome Wohnfabrik unterstützen könnt, erfahrt ihr beim Vortrag. Bitte kommt sowohl geimpft als auch PCR-getestet! Unser aktuelles Covid-19-Präventionskonzept findet ihr hier: <https://wipplinger23.org/ueber-die-w23/> Barriereinfo: Leider ist die W23 das Gegenteil von barrierefrei. Genauere Infos dazu findet ihr hier: <https://wipplinger23.org/ueber-die-w23/> 1010 Wipplingerstraße 23/Stiegenabgang

Graz, Die Scherbe, 19h, Politcafé von Junge Linke Steiermark. Ein Innenminister, der mit dem Austrofaschismus liebäugelt, eine SPÖ, die Klimaaktivist*innen verklagt und eine ÖVP, die zu 100% treu mit den Superreichen im Land ist - all das, gibt uns sicher genug Stoff für spannende Debatten. Außerdem werden wir über die Ergebnisse des Bundeskongresses, der von 6.-9. Jänner stattfindet sprechen. Stokerg.2

Donnerstag, 13.1.2022

Depot, 19h, Vortrag: Das Nichts in der digitalen Kunst. Quer durch das 20. Jahrhundert haben zahlreiche Künstler*innen die bestehende Konvention von Realität und deren Wahrnehmung durch Akte der Entleerung demontiert. Die Reise in das Nichts beginnt bei Kasimir Malewitsch, über Yves Klein

bis Roni Horn oder Hiroshi Sugimoto. Letztendlich stellt sich die Frage: Wie kann der Leere im Zeitalter der Digitalisierung mit ihren oft überreizenden Datenräumen Platz gegeben werden? 1070 Breite Gasse 3, Corona-Regeln beachten

Bezirksgruppentreffen von LINKS Ottakring, Penzing ab 18,30, Thema: Pflege im Krankenhaus. Wir werden über die aktuelle Situation sowie über vergangene Bewegungen der Krankenpfleger*innen sprechen (Care Revolution). Anschließend werden die gemeinsamen Pläne für eine Bezirkskampagne dazu diskutiert. 1140 Drechslerg.42

Linz, Martin-Luther-Platz 16 bis 18 Uhr: Kundgebung für ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld. Wir informieren über die vom Ministerium geplante Reform der Arbeitslosenversicherung und unsere Alternativvorschläge

Freitag, 14.1.

Schwedenplatz, 15,30 bis 18 Uhr, Kundgebung für ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld. Wir informieren über die vom Ministerium geplante Reform der Arbeitslosenversicherung und unsere Alternativvorschläge

Samstag, 15.1.

Antifaschistische Gedenk-Kundgebung, 14 bis 16 Uhr, in Erinnerung an die kommunistische Widerstandskämpferin Grete Jost (1916 - 1943). Organisiert von KPÖ, SPÖ-Landstraße und SJ-Landstraße ... wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. 1030 Baumgasse 37

Montag, 17.1.

Depot, 19h, Podiumsdisk.: Revolutionieren NFT den Kunstmarkt. Digitale Originale: Was sind Non Fungible Token überhaupt, wie wurden sie bislang eingesetzt und wie definieren sie Echtheit und Originalität in Bezug auf Kunst neu? Die Diskutant*innen werfen einen kritischen Blick auf den medi-

alen Hype, der sich in letzter Zeit ausgehend von Kryptowährungen wie Bitcoins am Kunstmarkt entsponnen hat. Welchen Einfluss haben die digitalen Zertifikate auf Kunstschaffende und ihre Arbeitsweise? 1070 Breite Gasse 3, Corona-Regeln beachten

*

Grüne Josefstadt, Rundgang im 8. Bezirk: Buden und Burschenschaften im 8. Treffen um 18 Uhr in der Schönbornngasse 8: Im 8. Bezirk ist die Dichte an Verbindungshäusern so hoch wie kaum wo in Österreich. Ob katholisch oder deutsch-völkisch, akademisch oder pennal, konservativ oder rechts-extrem, Burschen- oder Mädelschaft – in der Josefstadt findet sich die gesamte Palette dessen, was das österreichische Verbindungswesen zu bieten hat. Unter dem Deckmantel der Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie marschieren seit Monaten sogenannte "normale Bürger_innen" Hand in Hand mit Rechts-extremist_innen, Neonazis und Neofaschist_innen unter der Schirmherrschaft der FPÖ. Ist angesichts der enormen rechtsextremen Mobilisierung der vergangenen Zeit die Beschäftigung mit deutschnationalen Burschenschaften ein antifaschistisches "Orchiedeenfach" geworden? Ein Blick in die Geschichte des Rechts-extremismus in Österreich zeigt, dass Burschenschaften immer eine zentrale Rolle inne hatten. Sei es als Rückzugsort vor staatlicher Repression, Personalreservoir oder als ideologische Stichwortgeberin. Was sind deutschnationale Verbindungen und was passiert hinter den verschlossenen Türen ihrer "Buden", von denen es in der Josefstadt besonders viele gibt? Welche ideologische Weltanschauung vertreten sie und wie leben sie diese in der Praxis? Warum finden sich vor allem in der FPÖ so viele Burschenschafter? Diese und viele weitere spannende Fragen werden bei einem gemeinsamen Spaziergang durch die Josefstadt beantwortet.

*

Solidarwerkstatt Wien, 18h, Buchpräs.: Klimasoziale Politik - eine Gerechte und Emissionsfreie Gesellschaft gestalten. 1100 Quellenstr.2c

Dienstag, 18.1.

Volkskundemuseum, 15 Uhr Führung durch die Ausstellung: Jetzt im Recht! Wege zur Gleichbehandlung. 1080 Laudongasse/Lange Gasse, Anmeldung unter <https://www.volkskundemuseum.at/gleichbehandlung>

Mittwoch, 24.1.

Online-Diskussion der Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg, 19 Uhr: "Wer soll die Krise ausbaden?" Anmeldung unter: ggae@gmx.at, Teilnahmelink wird zugeschickt.

Dienstag, 25.1.

Depot, 19h, Podiumsdisk.: Feminismus Transfeminismus. Die Podiumsdiskussion beleuchtet den Begriff Frau als diskursives Konzept und stellt einen Zusammenhang zu transfeministischen Positionen her. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die in feministischen Diskursen nach wie vor umkämpfte Frage, wer als Subjekt des Feminismus sprechen und agieren darf. Wie gestaltet sich gesellschaftliche Vielfalt, auch in feministischen Räumen? 1070 Breite Gasse 3, Corona-Regeln beachten

*

Amerlinghaus, 19h, 1. Wiener Lesetheater/Frauen lesen Frauen: Lily Brett "New York". Lili Brett, geb. 1946 ist die Tochter jüdischer Eltern, die das KZ Auschwitz überlebt haben. 1070 Stiftg.8

Mittwoch, 26.1.

Depot, 19h, Geh Denken! Erinnerungspolitik - eine Bestandsaufnahme. Die Debatte um die Shoah-Namensmauer im Ostarrichipark oder um das Karl-Lueger-Denkmal am gleichnamigen Platz zeigen, dass Erinnerungspolitik auch Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich kontrovers diskutiert wird. Ausgehend von aktuellen Diskussionen um Denkmäler, Straßen-umbenennungen und Gedenkmauern, setzen sich die Diskutant*innen mit Gegenwart und Zukunft der Erinnerungspolitik in Österreich

auseinander. Christa Bauer, Mauthausen Komitee, Nadine Dimmel, Verein GEDENKDIENTST, Hannah M. Lessing, Patrick Siegele, erinnern.at, Florian Wenninger, Institut für Historische Sozialforschung. 1070 Breite Gasse 3, Corona-Regeln beachten

Freitag, 28.1.

Linz, Wissensturm, VHS, 14h, Linzer Friedensgespräche zu Friedensprojekt Europa? Positionen und Möglichkeiten Österreichs. Anmeldung: wissensturm@mag.linz.at

Montag, 31.1.

Solidarwerkstatt Wien, 18h, Disk: Das Grundrecht auf den öffentlichen Raum - warum wir für das freie plakatieren in Wien kämpfen müssen. 1100 Quellenstr.2c

Was machen Soldaten des neutralen Österreich in Mali?

Schon bislang waren bis zu 15 Soldaten bei der sogenannten "Stabilisierungsmission" (MINUSMA) der UNO in Mali in Westafrika stationiert. Ab Dezember 2021 wird nun die "EU-Trainingsmission" in Mali (EUTM MALI) weiter aufgestockt, sodass dann 100 österreichische Soldaten vor Ort sind. Offiziell heißt es: zur "Beratung, Unterstützung und Ausbildung der malischen Streitkräfte" (APA- Bundesheer-Aussendung, 3.11.21) gegen "Terror & Drogen" (Kronen-zeitung, 27.11.21). Warum aber wird dann das "Jägerbataillons 25" des Jagdkommandos, also die ausgewiesene Kampfeinheit des Bundesheeres (BH), dorthin geschickt? Verteidigungsministerin Tanner: Um "unseren Beitrag im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu leisten". (Kronen-Zeitung, 27.11.21)

Auch die SPÖ-Opposition mit ihrem Wehrsprecher Laimer jubelt über die Chance: "Auf europäischer Ebene ist es wichtig, auch im neutralen Österreich einen verlässlichen Partner zu haben ..." (SPÖ-APA-Aussendung, 27.11.21).

Wozu sind wir dann neutral? Um eben nicht bei der EU-Kriegspolitik mitzumachen und das eben nicht als "Chance" sehen, sondern als Gefahr erst recht wieder in Konflikte und Kriege hineingezogen zu werden?

Was hat das neutrale Österreich in Mali zu "verteidigen"?

In Mali herrscht seit einigen Jahren Krieg. Es geht dort um die Uran- und Ölvorkommen und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger. Das neutrale Österreich hat dort nichts zu suchen. Österreichs Herrschende ergreifen einseitig Partei, sie schützen mit dem Bundesheer ganz und gar nicht die Menschen dort, sondern nur die Profiteure der EU-Atom- und Öl-Konzerne! Dafür übernimmt sogar der österreichische Brigadier Christian Riener jetzt für sechs Monate das Kommando über insgesamt 1.000 Soldaten aus 26 Staaten.

MINUSMA gilt seit vielen Jahren als die gefährlichste Mission in Mali wo sich z.B. allein von 2013 bis 2016 die Verluste auf 119 Militär- und Polizeikräfte beliefen. Und am 25. Juni 2021 wurden bei einem Anschlag auf die MINUSMA-Mission in Mali zwölf deutsche Soldaten verwundet, drei von ihnen schwer. Ein weiterer Blauhelm-Soldat wurde verletzt. MINUSMA gilt mit fast 250 Todesopfern als der derzeit gefährlichste Einsatz der UNO!

Kein Wunder, dass bei der Verabschiedung der Soldaten vom Bundesheer-Kommandeur, von ÖVP- Verteidigungsministerin Tanner oder vom SPÖ- Wehrsprecher Laimer folgendes als wichtigstes Ziel der "Mission" genannt wird: "Wichtigstes Ziel: Wieder heil nach Hause zu kommen" (Brigadier Riener im ORF/Ö1 Abendjournal, 26.11.21).

Doch das sicherste Mittel, heil zu bleiben wäre – und das ist ganz und gar mit der Neutralität Österreichs vereinbar, dass die Soldaten gar nicht erst nach Mali gehen, sondern einfach zu Hause bleiben!

(GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg)

Videowebtip: ÖGB-Veranstaltung zur Neutralität

Der ÖGB organisierte eine Veranstaltung anlässlich des 66. Jahrestages der Neutralität Österreichs. Statements, Referate und Podiumsdiskussion von ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, Friedensforscher Thomas Roithner (Int. Versöhnungsbund), NRAbg. Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne), NRAbg. Robert Laimer (SPÖ), Wilfried Leisch (GGAE), Elisabeth Kapeller (WILPF Austria), Marcus Strohmeier, Internationaler Sekretär im ÖGB können in einer Aufzeichnung nachgeschaut und nachgehört werden.

<https://youtu.be/Q-PKaYXazaA>

Meine Weihnachts- ansprache

Blogbeitrag vom 24. Dezember 2021 vormittags

Na, seids schon in Weihnachtsstimmung? Hobts scho gessen? Schauts "Licht ins Dunkel"? Diese selbstverliebte Show der besseren Leute, die ihr Image aufpolieren wollen, wo dann ein paar liebe Behinderte als Staffage dankbar und treuherzig dreinschauen dürfen! Und mit dabei die Minister und hohen Damen und Herren und natürlich die Soldateska am Telefon.

Ja, das Bundesheer hat gerade einen tollen Lauf. Der von den Grünen, die ja angeblich mal das Heer abschaffen wollten, gestellte Oberbefehlshaber jammert eh gerne darüber, daß das Militär mehr Geld braucht. Und eben jene Olivgrünen haben ja mit dem neuen Bundeskanzler so ein tolles Gesprächsklima. Sie hatten mit dem abgerüsteten Berufsoffizier ja schon als Innenminister kein Problem. Dieser Bundeskanzler holt sich dann gleich einen Freund des Gemeindebaubombardierers unseligen Angedenkens als neuen Innenminister. Aber gut, der gibt ja wenigstens zu, von Geschichte keine Ahnung zu haben, deswegen will er ja den Millimetternich gar nicht beurteilen können, schließlich sei er Betriebswirt und kein Historiker.

Corona wird wohl auch an "Licht ins Dunkel" nicht vorbeigehen. Eben dieser grüne Oberbefehlshaber wird in Anlehnung an den ollen Willem die salbungsvollen Worte sprechen: "Wir brauchen keine Spaltung der Gesellschaft. Wir brauchen den Schulterschuß, wir brauchen einen Burgfrieden. Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Geimpfte." Nein, so wird er es wohl nicht sagen, aber weit weg davon wirts wahrscheinlich nicht sein. Er wird vielleicht den Weihnachts- statt den Burgfrieden beschwören, schließlich ist ja das hohe Fest der Christenheit!

Das Bundesheer braucht aber immer einen Feind.

Und das sind üblicherweise Menschen, nicht Viren. Gegen Menschen kann man in den Krieg ziehen. Wenn man die Kommentare der Reaktionäre wie der Gutmenschen so liest, wie sie über die ungeimpften Volksschädlinge herziehen und den Wiener Polizeipräsidenten kritisieren, daß er nicht die Knüppel auf den Rücken dieser Unbotsamen tanzen läßt! Verdammt nochmal, langsam wird mir sogar der Chef der anderen Faschistennachfolgepartei sympatisch!

Und ob das alles nicht genug wäre, macht diese Regierung jetzt auch noch einen Generalmajor zum obersten Pandemiebekämpfer, der dann auch noch im Tarnanzug auftritt! Will der im Gebüsch lauern, um bei der nächsten Demo hinterrücks mittels Blasrohr Impfungen zu verabreichen? Nein, dieser Kommißschädel signalisiert: Wir sind im Krieg. Im Bürgerkrieg. Ja, wir wissen, das österreichische Bundesheer ist da besonders begabt dafür.

Wo bleibt der Aufschrei dieser sogenannten Linken, daß das Militär in Österreich sich gefälligst in seine Kasernen einzubunkern hat? Ja, jetzt spielt diese Regierung bisserl Portugal nach, weil das hat ja dort auch so toll funktioniert. Nur gibt es halt hier eine andere Geschichte – in Portugal stürzte das Militär eine faschistische Regierung, in Österreich stützte es eine solche! Und zwar genau einen Bundeskanzler von der gleichen Partei wie heute!

Nein, es wird nicht zu einem neuen Bürgerkrieg kommen. Schließlich hat man ja die Sozialdemokratie jetzt auch auf seiner Seite und selbst wenn dem nicht so wäre, fürchtet vor diesen heutigen Lahmärschen sich keiner mehr.

Dann ist es aber auch kein Wunder, daß diese Remilitarisierung niemanden mehr stört. Die Blaunen, die ja ansonsten an allem etwas auszusetzen haben, natürlich auch nicht – man sehe sich nur die Ergebnisse der ÖH-Wahlen an der Theresianischen Militärakademie an!

Wie immer man zur Impfpflicht steht, das muß zivil ausdiskutiert werden und das heißt zwar nicht nur ohne Uniform, aber eben auch! Weil ansonsten haben wir dann zwar irgendwann die Pandemie überstanden, aber dafür das Problem, unter einer Militärjunta zu leben. Solche Leute gehen dann nämlich nicht einfach weg, wenn die Krise überstanden ist, die bleiben! Und der grüne, dann vielleicht Immer-noch-Vizekanzler wird sich darum bemühen, daß man vielleicht doch wieder zu eben

jenem guten Gesprächsklima zurückfindet. Weil das Klima ist ja so wichtig!

Ja, ich übertreibe wiederum! Hoffentlich! Hoffentlich ist es nicht ganz so schlimm! Aber ein bisserl mehr Obacht müßten wir schon geben, wenn das Militär in diesem Land sich wieder so wichtig machen kann. Und während mir jetzt das Geimpfte aufgeht, könnt's ihr wieder fernsehen. Nach der Mitternachtsmette zeigt ORF III "Sissi". Viel Vergnügen!

Če

Nachtrag: Allzuheiligabend wußte der Verfasser noch nicht, daß das nur der Auftakt von Sissi-Festspielen im ORF werden würde, mit der ganzen Trilogie und einem neuen Sechsteiler und Zeitgeschichte-Dokus zu den Sissifilmen, zu Marischka, zur Familie Albach-Retty/Schneider, eh alles total kritisch, und dann noch "Die Deutschmeister" von 1955 zum Drübergiessen. Und noch ein Webtip: Am 2. Jänner 2022 veröffentlichte Thomas Roithner einen weitaus weniger polemischen Text zur Remilitarisierung Österreichs, der aber in die gleiche Kerbe schlägt: <https://derstandard.at/2000132245193> (Titel: "Universaljoker' Bundesheer: Flecktarn als neue Normalität?")

(Erstveröffentlichung auf der Facebookseite der KPÖ Wien <https://www.facebook.com/wien.kpoe.at/posts/3114656478752877>)

OFFENLEGUNG GEMÄSS §25 MEDIENGESETZ: Medieninhaber und Hersteller der "akin — aktuelle informationen" ist der Verein "föj / Bewegung für Sozialismus". Obmann: Kurt Winterstein, FinanzreferentIn: Renate Saßmann, SchriftführerInnen: Birgit Hebein, Herbert Sburny. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Grundlegende Richtung: Die "akin" ist ein wöchentliches Mitteilungs- und Informationsblatt mit Termin und Veranstaltungskalender sowie Informationen und Selbstdarstellungen von Arbeitskreisen und Initiativen. Der Verein föj/Bewegung für Sozialismus ist nicht Herausgeber irgendeines weiteren Mediums.

VORSICHT: kleingedrucktes
Die aktuellen informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen ideen und informationen möglichst vieler fortschrittlicher gruppen, initiativen und personen weiterverbreitet werden. Jeder artikel drückt lediglich die meinung der unterzeichnenden autorinnen und autorinnen aus. redaktionsmeldungen und technische informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.
Die redaktion besteht auf ihrer autonomie und behält sich daher auch das recht vor, texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, sexismen, rassistismen und totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts neues respektive mitteilenswertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine veröffentlichung ein unzumutbarer schaden eintreten könnte, den die redaktion sich zu verantworten außer stande sieht, kann ein abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf verlangen einer solchen begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der redaktion, zu entscheiden, ob ein text in eine der oben angeführten kategorien fällt. Sollte nach längerer diskussion kein konsens innerhalb der redaktion zu erreichen sein, entscheidet die mehrheit der anwesenden redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren lösung zu suchen. Stimmberechtigte mitglieder sind nur regelmäßige mitarbeiterInnen der redaktion. Abgelehnte manuskripte können in der redaktion

eingesehen werden.
Redaktionsschluß und öffentliche redaktionssitzung: montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 ausgaben): 70 Euro (bei bfs-mitgliedern ist die abogebühr im mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisserl einer spende; 3 Ausg. gratis zur probe. Akin per e-Mail (als reiner text oder pdf oder beides): für papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem adressenetikett steht in der obersten zeile der ablauf eures bezahlten abos (z.b.17/12 = dezember 2017).

eingesehen werden.
Redaktionsschluß und öffentliche redaktionssitzung: montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 ausgaben): 70 Euro (bei bfs-mitgliedern ist die abogebühr im mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisserl einer spende; 3 Ausg. gratis zur probe. Akin per e-Mail (als reiner text oder pdf oder beides): für papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem adressenetikett steht in der obersten zeile der ablauf eures bezahlten abos (z.b.17/12 = dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und herstellerin: bewegung für sozialismus (föj), belvedereg. 10, 1040 wien. Nachdruck unter quellenangabe und zusendung eines belegexemplars erbeten. Reproduktionen im internet bitte unter angabe unserer webadresse oder des deeplinks sowie benachrichtigung per mail. DVR-nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausenstraße 3, kellerlokal, 1140 wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - archivhomepage <http://akin.mediaweb.at> - blog <https://akinmagazin.wordpress.com> - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - twitter @akinmagazin - radio-podcast <https://cba.fro.at/series/akin>

Konto: bank austria, lautend auf: föj — bewegung für sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW